

Neue Berechnungen bestätigen das Bild vom Hochsteuerland Deutschland

In einer ZEW-Studie wurde der IBC Taxation Index, der die effektive Steuerbelastung von Unternehmen und die steuerliche Belastung beim Einsatz Hochqualifizierter ermittelt, auf 161 Regionen in Europa und den USA ausgeweitet. Deutschland belegt auch im Vergleich mit den neu einbezogenen Regionen keinen günstigen Rangplatz. Die osteuropäischen Länder bieten zwar bei der Unternehmenssteuerbelastung Standortvorteile, bei der Besteuerung des Einsatzes hoch qualifizierter Arbeitskräfte schneiden sie allerdings weniger gut ab.

Effektivbelastungen bei der Unternehmensbesteuerung und bei hoch qualifizierten Arbeitskräften 2003



BE = Kanton Bern, BS = Kanton Basel-Stadt, SZ = Kanton Schwyz, ZG = Kanton Zug, ZH = Kanton Zürich

Lesehilfe: In den USA ist die effektive Steuerbelastung von Unternehmen sehr hoch, während die Steuerbelastung auf Hochqualifizierte geringer ist als im Durchschnitt. Quelle: ZEW

Der vom ZEW ermittelte IBC Taxation Index 2003 für den «IBC BAK International Benchmark Club»[®] der BAK Basel Economics wird durch die aktuelle Studie geographisch um Regionen in den EU-Beitrittsstaaten Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie um Regionen in Belgien, Finnland, Luxem-

burg und Schweden erweitert. Die effektive Steuerbelastung bei der Beschäftigung von Hochqualifizierten ist unter den neu aufgenommenen Ländern in Polen und Luxemburg mit etwa 39 Prozent am geringsten. Ein Unternehmen muss an diesen Standorten etwa 164.000 Euro aufwenden, um einer hoch qualifizierten

Arbeitskraft ein verfügbares Einkommen von 100.000 Euro nach Steuern gewähren zu können. Diese Steuerbelastung liegt indessen deutlich höher als in fast allen schweizerischen Kantonen und in den USA. Dort muss der Arbeitgeber zwischen 135.000 Euro (Kanton Schwyz) und 162.000 Euro (Boston, USA) aufwenden. Slowenien sowie Schweden, Belgien und Finnland weisen Steuerbelastungen von über 50 Prozent auf und bilden das Schlusslicht im interregionalen Vergleich der Belastungen auf den Einsatz Hochqualifizierter. Selbst Frankreich, Deutschland und Italien haben niedrigere Steuerbelastungen.

Vergleicht man die effektive Steuerbelastung auf den Einsatz von hoch qualifizierten Arbeitskräften mit der effektiven Steuerbelastung von Unternehmen, die ebenfalls im IBC Taxation Index ausgewiesen ist, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Zwar kann man aufgrund der unterschiedlichen methodischen

IN DIESER AUSGABE

- Neue Berechnungen bestätigen das Bild vom Hochsteuerland Deutschland 1
- ZEW Kolloquium 2
- Dauer der Arbeitslosigkeit: persönliche Erwerbsgeschichte ausschlaggebend 3
- Größere Zuversicht bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft 4
- Kapitalmärkte gewinnen für die private Altersvorsorge an Bedeutung 5
- ZEW intern; Expertenseminare; Neuerscheinungen 6
- Daten und Fakten; Stellenanzeige 7
- Standpunkt 8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ansätze bei der Berechnung der einzelnen Effektivbelastungen die beiden Kennzahlen nicht direkt miteinander vergleichen. Allerdings lässt sich durch einen Vergleich der relativen Rangfolgen der Effektivsteuerbelastungen auf die steuerliche Standortattraktivität der einzelnen Regionen für die Unternehmen schließen. Die Grafik (siehe Seite 1) ist eine Zusammenschau der beiden Kennzahlen. Hierfür wurden die Effektivbelastungen sowohl bei der Unternehmensbesteuerung als auch bei der Besteuerung des Einsatzes von Hochqualifizierten indiziert, wobei der Durchschnitt der einbezogenen schweizerischen Kantone und je eines repräsentativen Standorts der übrigen Staaten den Wert 100 darstellt. Je niedriger/höher der Wert eines

Datenpunkts auf den Achsen ist, desto niedriger/höher ist die Steuerbelastung von Unternehmen und Hochqualifizierten an einem Standort relativ zum Mittel.

Aus der Grafik geht hervor, dass an einer Reihe von Standorten sowohl die Unternehmenssteuerbelastung als auch die Steuerbelastung bei der Beschäftigung Hochqualifizierter gleichgerichtet ist. So weisen die einbezogenen Schweizer Kantone in beiden Indikatoren eine sehr niedrige Steuerbelastung auf. Gleiches gilt im Grundsatz auch für Polen und die Slowakei. In vielen Staaten laufen die Indikatoren allerdings auseinander. Dort werden Unternehmen vergleichsweise niedrig besteuert, hoch qualifizierte Arbeitskräfte dagegen unterliegen einer hohen oder sehr ho-

hen Steuerbelastung. Dies gilt insbesondere für Finnland und Schweden, deren duale Einkommensteuersysteme Kapital explizit niedriger besteuern als Arbeits-einkünfte. Das gilt ebenso für die EU-Beitrittsstaaten Ungarn und Slowenien. In den USA ist dieses Verhältnis umgekehrt. Dort ist die Effektivbelastung für Unternehmen sehr hoch, auf den Einsatz Hochqualifizierter aber vergleichsweise niedrig. Insbesondere Unternehmen an deutschen und französischen Standorten werden sowohl mit einer hohen effektiven Steuerbelastung für Unternehmen als auch einer hohen effektiven Steuerbelastung für den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte konfrontiert.

*Christina Elschner, elschner@zew.de
Michael Overesch, overesch@zew.de*

ZEW KOLLOQUIUM

Steuerwettbewerb und Finanzausgleich

PD Dr. Thiess Büttner, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft des ZEW, referierte im Rahmen des ZEW Kolloquiums über das Thema „Steuerwettbewerb und Finanzausgleich“.

Gleich zu Beginn seines Vortrags machte Büttner klar, dass sich ein Finanzausgleich zwischen Gebietskörperschaften nicht nur in Deutschland findet, sondern in den meisten Föderalstaaten, die Vereinigten Staaten und die Schweiz eingeschlossen. Zumeist haben die Gebietskörperschaften eine Einnahmeautonomie im Sinne eigener Steuereinnahmen und der Möglichkeit, den örtlichen Steuersatz zu bestimmen. Vermutlich um sicherzustellen, dass die eigenen Steuerquellen auch in Anspruch genommen werden, knüpft der Finanzausgleich in aller Regel an der Steuerkraft an, die nicht anhand der tatsächlichen, sondern mit Hilfe normierter Steuersätze ermittelt wird. Eine höhere Besteuerung wird so

nicht unmittelbar mit dem Anstieg der Transferverpflichtungen „bestraft“. Dennoch ergeben sich aus dem Finanzausgleich Anreize für die Steuerpolitik, wenn man unterstellt, dass diese einen Einfluss auf die Höhe der zur Steuer herangezogenen Bemessungsgrundlage hat. Insbesondere bei der Besteuerung mobiler Faktoren, wie beispielsweise dem örtlichen Kapitaleinsatz, ist davon auszugehen, dass ein Anstieg des Steuersatzes sich negativ auf die lokale Wirtschaftstätigkeit auswirkt: ein höherer Steuersatz führt dann zu einem Rückgang der Transferverpflichtungen. Aus theoretischer Sicht ist daher zu vermuten, dass die Gebietskörperschaften je nach Stärke des Finanzausgleichs höhere Steuersätze wählen, weil deren ungünstige Effekte für den Standort durch einen Rückgang der Transferverpflichtungen zumindest teilweise kompensiert werden. Obschon vielleicht intuitiv einleuchtend, hängt dieses theoretische Resultat aber von einer Reihe von restrikt-

tiven Annahmen ab, insbesondere über die Zielsetzung der Steuerpolitik. In einer ZEW-Studie wurde der Anzeizeffekt des Finanzausgleichs deswegen empirisch überprüft. Die Untersuchung bezieht sich auf die Hebesatzpolitik der Gemeinden in Baden-Württemberg im Zeitraum 1980-2001. Es zeigen sich deutliche Effekte des Finanzausgleichs. Von ihrer Größenordnung her implizieren die Schätzergebnisse, dass der durchschnittliche Gewerbesteuersatz in Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum ohne Finanzausgleich um 2,4 Prozent unter dem tatsächlichen Wert von 16,7 Prozent liegen würde. Ob der kommunale Finanzausgleich damit eine Überbesteuerung herbeiführt, ist allerdings auf Grund der Ineffizienz des Steuerwettbewerbs nicht eindeutig. Zumindest die weitere Umverteilung der Finanzmittel zwischen den Bundesländern lässt dies als wenig wahrscheinlich erscheinen.

PD Dr. Thiess Büttner, buettner@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Dauer der Arbeitslosigkeit: persönliche Erwerbsgeschichte ausschlaggebend

Zum Abbau und zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Verständnis der Bestimmungsfaktoren für die Länge von Arbeitslosigkeitsperioden unerlässlich. Eine ZEW-Studie zeigt, dass vor allem die persönliche Erwerbsgeschichte und nicht die Höhe der Gesamtarbeitslosenquote darüber entscheidet, wie lange eine Person braucht, um den Weg aus der Arbeitslosigkeit zu finden.

Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 04-57) untersucht, welchen Einfluss mikro- und makroökonomische Variablen auf die Verteilung der Länge von Arbeitslosigkeitsperioden haben. Grundlage für die Analyse ist die IAB-Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die repräsentativ für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist. Untersucht wurden Personen in Westdeutschland im Alter von 26 bis 41 Jahren, die während des Zeitraums von 1981 bis 1997 mindestens einmal Leistungen von der Bundesanstalt für Arbeit bezogen haben. Somit ergab sich eine Teilstichprobe von etwa 91.000 beobachteten Arbeitslosigkeitsperioden. Auf diese Daten wurde erstmals die Methode der zensierten Quantilsregression angewendet, wodurch der Einfluss bestimmter Variablen auf Langzeit- beziehungsweise Kurzzeitarbeitslose differenziert untersucht werden kann und die Länge der Arbeitslosigkeitsperioden nicht vollständig beobachtet werden muss.

Konjunktur hat geringen Einfluss

Die ZEW-Studie zeigt, dass die konjunkturelle Lage die Länge der Arbeitslosigkeitsperioden im Vergleich zu anderen Faktoren relativ gering beeinflusst. Im untersuchten Zeitraum haben sich trotz nahezu einer Verdopplung der Gesamtarbeitslosenquote die Arbeitslosig-

keitsperioden der untersuchten Personen sogar leicht verkürzt (siehe Tabelle). Die Arbeitslosenquote der untersuchten Personengruppe hat sich von 1990 bis 1995 nur halb so stark erhöht wie die Gesamtarbeitslosenquote. Daher ist die Verlängerung der Arbeitslosigkeitsperioden und der Zuwachs von Arbeitslosen in Westdeutschland weitgehend auf die

zurück in die Berufstätigkeit. Personen, die vor Beginn der Arbeitslosigkeit im Niedriglohnssektor tätig waren, neigen eher zu Langzeitarbeitslosigkeit. Arbeitslose aus höher bezahlten Beschäftigungsverhältnissen hingegen sind insbesondere nach Ablauf der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld nur relativ kurz arbeitslos. Somit bestätigen die Ergeb-

Dauer der Arbeitslosigkeit im Vergleich

Jahr	Quantil *			Gesamtarbeitslosenquote
	$\theta = 0,2$	$\theta = 0,5$	$\theta = 0,8$	
1981	100%	100%	100%	4,8%
1985	99%	99%	78%	8,1%
1990	81%	88%	85%	5,9%
1995	93%	102%	87%	8,2%

* Lesehilfe: Länge der Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 26- bis 41-jährigen relativ zu 1981 für kurze Arbeitslosigkeitsperioden ($\theta=0,2$), für mittellange Arbeitslosigkeitsperioden ($\theta=0,5$) und für Langzeitarbeitslosigkeitsperioden ($\theta=0,8$). Ein Wert $>100\%$ bedeutet Verlängerung, $<100\%$ Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit. Quelle: ZEW

älteren Arbeitslosen zurückzuführen, von denen in Wirklichkeit ein großer Teil frühverrentet ist und nicht nach einer neuen Beschäftigung sucht (siehe ZEWnews 09/2004 und 10/2004).

Allgemein lässt sich feststellen, dass die persönliche Erwerbsgeschichte einen viel größeren Einfluss auf die Länge der Arbeitslosigkeitsperioden hat als der Konjunkturzyklus oder die meisten soziodemographischen Faktoren. So verlängert die Dauer der Beschäftigung vor Eintritt in die Arbeitslosigkeit die sich anschließende Arbeitslosigkeitsperiode. Insbesondere – so die etwas überraschende Beobachtung – tendieren Arbeitslose, die zuvor lange ohne Phasen der Arbeitslosigkeit beschäftigt waren, eher zu Langzeitarbeitslosigkeit. Dagegen finden Personen, die bereits zuvor arbeitslos waren, dann aber von ihrem früheren Arbeitgeber wieder eingestellt wurden, beziehungsweise saisonbedingt arbeitslos wurden, viel schneller wieder

nisse nicht die Vermutung, dass Arbeitslose mit höheren Arbeitslosengeldzahlungen auch länger arbeitslos sind, denn die Höhe des Arbeitslosengeldes ist vom vorherigen Einkommen abhängig.

Soziodemographische Faktoren

Neben der persönlichen Erwerbsgeschichte untersucht die ZEW-Studie auch soziodemographische Faktoren. Die Bedeutung von Bildungsabschlüssen ist insofern wichtig, als dass Arbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung die Arbeitslosigkeit schneller verlassen als solche ohne Abschluss. Die Art der Ausbildung und der Beruf haben dabei allerdings kaum Einfluss. Angestellte sind jedoch in der Regel länger arbeitslos als Arbeiter. Auch sind die älteren untersuchten Personen nicht automatisch länger arbeitslos als die jüngeren.

Dr. Ralf Wilke, wilke@zew.de
Laura Wichert, TU Darmstadt und ZEW

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Größere Zuversicht bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft

Die Dienstleister der Informationsgesellschaft blicken zuversichtlich ins kommende Quartal. Dies schlägt sich in einem erneuten Anstieg des ZEW-IDI Teilindikators für die Geschäftserwartung nieder, der mit einem Wert von 69,4 im dritten Quartal 2004 nahe an seinem bisherigen Höchstwert von 70,0 im dritten Quartal 2003 liegt. Im Vergleich dazu beurteilen die Dienstleister der Informationsgesellschaft ihre aktuelle Geschäftslage eher verhalten. Der Teilindikator für die Geschäftslage sank im Vergleich zum zweiten Quartal 2004 leicht um 2 Punkte. Mit einem Wert von 56,5 befindet er sich aber trotzdem noch im expansiven Bereich oberhalb von 50 Indexpunkten.

Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW zusammen mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im September 2004 durchgeführt hat. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.100 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern

Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Beide Teilindikatoren zusammen weisen auf eine konjunkturelle Stabilisierung im dritten Quartal 2004 hin. Der ZEW-IDI (Indikator Dienstleister der Informationsgesellschaft) steht nun bei 62,6 Punkten. Er war im zweiten Quartal 2004 nach einer Phase des Abschwungs zum ersten Mal gestiegen. Die Dienstleister der Informationsgesellschaft profitieren

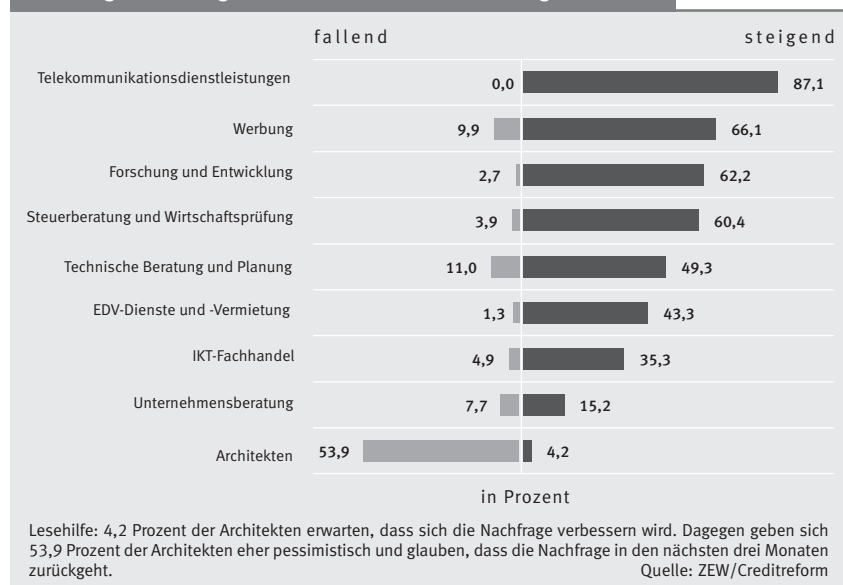
nun auch die Dienstleister der Informationsgesellschaft zu spüren bekommen. Die Auswirkungen sind jedoch moderat. Es berichten immer noch mehr Unternehmen von einem Umsatzanstieg als von einem Rückgang, und auch die Nachfrageentwicklung schätzen mehr Unternehmen positiv als negativ ein. Allerdings mussten die Dienstleister der Informationsgesellschaft ihre Preise nach unten korrigieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben, was sich in den Zahlen zur Ertragsentwicklung der Unternehmen widerspiegelt. Darüber hinaus überwiegt per Saldo der Anteil der Unternehmen, die angeben, Personal abgebaut zu haben.

Branchenbetrachtung

Es bestehen starke Diskrepanzen in der konjunkturellen Entwicklung der einzelnen Branchen der Dienstleister der Informationsgesellschaft. Telekommunikationsdienstleister, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sowie Unternehmen aus Forschung und Entwicklung fallen dabei durch ihre positive Einschätzung der Umsatzentwicklung im dritten Quartal im Vergleich zum zweiten Quartal 2004 auf. Diese schlägt sich allerdings nur bei den Forschungs- und Entwicklungsunternehmen in einer positiven Ertragseinschätzung nieder. Bei den IKT-Fachhändlern und Architekten überwiegt per Saldo der Anteil der Unternehmen mit negativer Umsatz- und Ertragsentwicklung. Überraschend ist, dass bei Unternehmensberatern per Saldo mehr Unternehmen von negativen Umsatz- und Nachfrageentwicklungen berichten, wengleich die Salden nur schwach negativ sind. Diese Branche zeichnete sich in der Vergangenheit durch eine positive konjunkturelle Entwicklung aus, die nur schwach auf gesamtwirtschaftliche Entwicklungen reagierte.

Alexandra Spitz, spitz@zew.de

Nachfrageerwartungen der einzelnen Dienstleistungsbranchen



(Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische

ten damals von der konjunkturellen Erholung im verarbeitenden Gewerbe. Der Aufschwung in der Industrie hat aber zu Beginn des dritten Quartals 2004 auf Grund einer schwächeren Wachstumsrate der ausländischen Nachfrage an Schwung verloren, eine Entwicklung, die

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Kapitalmärkte gewinnen für die private Altersvorsorge an Bedeutung

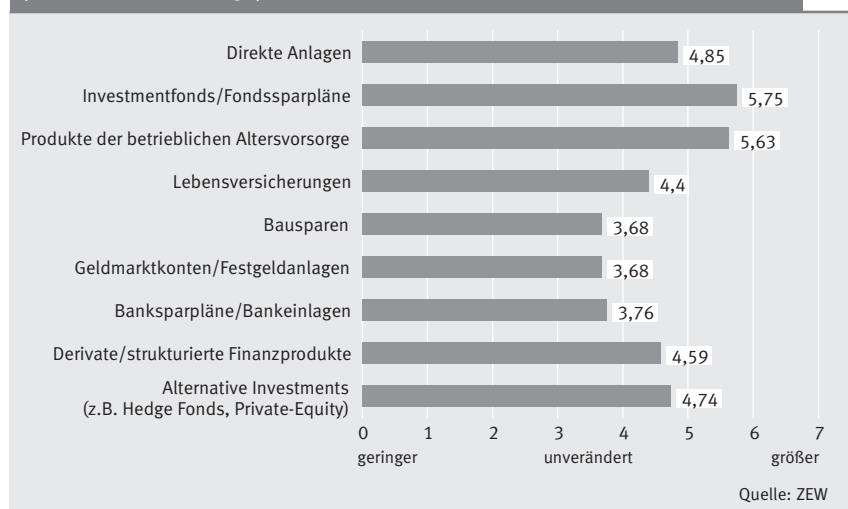
Angesichts der erwarteten demographischen Veränderungen, die zu einer Krise der staatlichen Rentensysteme geführt haben, steigt das Bewusstsein für die Notwendigkeit privater Altersvorsorge. Als Folge dürften die Kapitalmärkte verstärkt für die Finanzierung des Lebensstandards im Rentenalter genutzt werden. Die direkten und indirekten Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Kapitalmärkte und die auf ihnen gehandelten Produkte hat das ZEW im Auftrag der Allianz AG untersucht.

Die ZEW-Studie „Kapitalmärkte und Demographie: Eine Umfrage unter Finanzmarktexperten“ analysiert, wie sich eine höhere Nachfrage auf die Kapitalmärkte auswirkt und welche Anlageprodukte in Zukunft nachgefragt werden. Darüber hinaus untersucht sie, wie wahrscheinlich ein so genannter „Asset-Meltdown“ ist, also ein starker Rückgang der Wertpapierkurse aufgrund eines Abzugs von Kapitalanlagen durch die in Rente gehende Babyboomer-Generation. Des Weiteren wird gefragt, ob internationale Diversifikation helfen kann, negative Rückwirkungen abzuschwächen. Die Studie basiert auf einer Umfrage unter den Teilnehmern der monatlichen Umfrage „ZEW-Finanzmarkttest“. 247 Finanzexperten äußerten sich zu den oben genannten Fragen.

Zukünftige Rolle der Kapitalmärkte und spezifischer Anlageprodukte

Die befragten Experten erwarten, dass die Kapitalmärkte in Zukunft eine erheblich wichtigere Rolle für die Altersvorsorge spielen werden. Davon werden die spezifischen Anlageformen und -produkte unterschiedlich stark profitieren. So werden Produkte mit geringem Risiko, wie beispielsweise Geldmarktkonten, Festgeldanlagen und Banksparpläne, in Zukunft einen geringeren prozen-

Erwartete Bedeutungsveränderung von spezifischen Anlageprodukten im privaten Altersvorsorgeportfolio (Durchschnittswerte, Zeithorizont: 15 Jahre)



tualen Anteil am Altersvorsorgeportfolio privater Haushalte haben. Produkte der betrieblichen Altersvorsorge, Investmentfonds sowie direkte Anlagen in Aktien und Anleihen werden dagegen ein größeres Gewicht bekommen. Eine etwas höhere Bedeutung erwarten die Experten auch für Lebensversicherungen und Immobilien, insbesondere selbstgenutzte Immobilien, obwohl diese Anlageformen bereits heute einen großen Teil des Anlageportfolios privater Haushalte ausmachen.

Die Mehrzahl der für die ZEW-Studie befragten Experten erwartet, dass die Sparquote im Ruhestand abnehmen, aber positiv bleiben wird. Sie rechnen somit nicht damit, dass künftig Rentnerhaushalte absolut entsparen werden. Häufig wird befürchtet, dass eine solche Abnahme der Ersparnisse nach der Verrentung der Babyboomer-Generation einen dramatischen Fall der Wertpapierkurse verursachen könnte („Asset-Meltdown“-Hypothese). Diese Befürchtung halten die Experten für unberechtigt, obwohl auch sie im Durchschnitt einen negativen Einfluss auf die Aktienkurse erwarten. In Bezug auf die Anleihemärkte

prognostizieren sie so gut wie keinen negativen Effekt.

Rolle und Bedeutung der internationalen Diversifikation

Ein häufig angeführter Grund für das Ausbleiben schwerwiegender negativer Auswirkungen auf die Kapitalmärkte ist die Möglichkeit internationaler Diversifikation. Tatsächlich ist die Mehrheit der befragten Experten der Meinung, dass internationale Diversifikation helfen kann, die negativen Auswirkungen alternder Gesellschaften auf die Kapitalmärkte zu mildern. Insbesondere für die „Emerging Markets“, also Mittel- und Osteuropa, China und andere asiatische Länder (mit Ausnahme Japans), erwarten sie einen steigenden Portfolioanteil. Für West-Europa rechnen sie dagegen mit einem Rückgang des Portfolioanteils.

Die Studie „Kapitalmärkte und Demographie: Eine Umfrage unter Finanzmarktexperten“ kann im Internet heruntergeladen werden: ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/demografie_und_kapitalmaerkte.pdf

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

ZEW INTERN

Neue ZEW-Steuerplattform im Internet

Unter www.zew.de/taxation wurde die neue Steuerplattform des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in den Internetauftritt des Instituts eingestellt. Hier werden laufend aktuelle Pressemitteilungen, Berichte und Analysen zur Besteuerung in international vergleichender Perspektive sowie entsprechende Hintergrundinformationen zur Verfügung gestellt. Über die Plattform sind die Ergebnisse der jüngsten ZEW-Studie zur effektiven Unternehmensteuerbelastung sowie zur effektiven Steuerbelastung auf den Personaleinsatz Hochqualifizierter in europäischen Regionen und den USA (IBC Taxation Index) ebenso abrufbar wie die Resultate der vor kurzem abgeschlossenen Studie über die Unternehmensteuerbelastung in den neuen Mitgliedstaaten der EU. Ältere ZEW-Studien sowie eine Vielzahl von Beiträgen zu Steuerfragen in den verschiedensten

Medien sind auf der Plattform ebenfalls aufgelistet.

Die neue Steuerplattform informiert auch über das vom ZEW und der Universität Mannheim gemeinsam entwickelte Computersimulationsprogramm „European Tax Analyzer“, das die Messung und Analyse der nationalen und internationalen Unternehmensteuerbelastung ermöglicht. In der aktuellen Version umfasst der European Tax Analyzer die Abgabensysteme von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, den Niederlanden und den USA. Vorgestellt werden zudem verschiedene weitere Analyseinstrumente, beispielsweise ein am ZEW entwickeltes Simulationsmodell zur Messung der effektiven Steuer- und Abgabenbelastung von hoch qualifizierten Arbeitskräften sowie ein Simulationsmodell zur Analyse der standortbezogenen Steuerbelastung auf Investitionen.

Bernhard Boockmann habilitiert

PD Dr. Bernhard Boockmann, stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, hat im Oktober 2004 von der Universität Mannheim die Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaftslehre erhalten.



PD Dr. Bernhard Boockmann

In seiner Habilitationsschrift „The Political Economy of International Rules and Standards“ hat sich Boockmann vor allem mit internationalen Arbeits- und Sozialstandards auseinandergesetzt und dabei eine Verbindung zwischen Arbeitsmarktökonomik und der politischen Ökonomie internationaler Organisationen hergestellt. Die Arbeit entstand in enger interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Politikwissenschaftlern und Juristen in der Mannheimer DFG-Forscherguppe „Institutionalisierung internationaler Verhandlungssysteme.“

EXPERTENSEMINARE

- 22.11.2004 Makroökonomie: Panelökonomie I
- 23.11.2004 Makroökonomie: Panelökonomie II
- 29.11.2004 Der richtige Umgang mit Marktdaten
- 30.11.2004 Aktuelle Entwicklungen und Neuerungen im Steuerrecht
- 30.11.2004 Multivariate Analysemethoden
- 1.12.2004 Befristete Arbeitsverhältnisse im rechtsfreien Raum?
- 2./3.12.2004 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte
- 7.12.2004 Arbeitsrecht: Aktuelle Entwicklungen

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

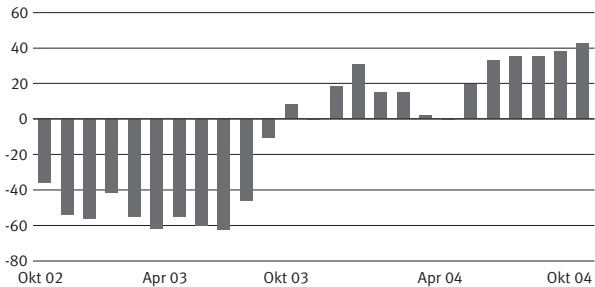
No. 04-64, Michael Schröder, Friedrich Heinemann, Susanne Kruse, Matthias Meitner: GPD-linked Bonds as a Financing Tool for Developing Countries and Emerging Markets.
No. 04-67, Alexandra Spitz: Using Methods of Treatment Evaluation to Estimate the Wage Effect of IT Usage.
No. 04-68, Dirk Czarnitzki, Georg Licht:

Die Rolle der Innovationsförderung im Aufholprozess Ostdeutschlands.
No. 04-70, Katrin Ullrich: Decision-Making of the ECB: Reform and Voting Power.
No. 04-71, Katharina-M. Rehfeld, Klaus Rennings, Andreas Ziegler: Integrated Product Policy and Environmental Product Innovations: An Empirical Analysis.

No. 04-72, Katrin Cremers: Determinants of Patent Litigation in Germany.
No. 04-73, Bettina Peters: Employment Effects of Different Innovation Activities: Microeconomic Evidence.
No. 04-74, Dan Stegarescu: Public Sector Decentralization: Measurement Concepts and Recent International Trends.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober

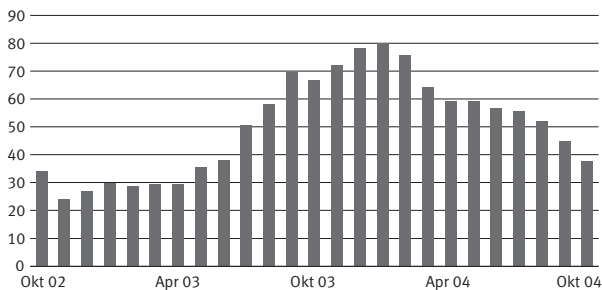


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten.
Quelle: ZEW

EZB-Zinserhöhungen: Zunehmende Erwartungen

Während das Lager derjenigen, die von einer Erhöhung kurzfristiger Zinsen ausgehen, im September nur gering um 2,7 Punkte gewachsen ist, gab es im Oktober einen beachtlichen Zuwachs um 5,3 Punkte. Hintergrund sind die gestiegenen Ölpreise und die damit einhergehenden Inflationsängste. Beides nährt die Einschätzung, dass die EZB in nicht ferner Zukunft mit einer Zinserhöhung reagieren wird. Noch aber haben die Experten, die auf Sechsmonatsfrist keine Veränderung der Geldmarktzinsen erwarten, mit rund 55 Prozent die Mehrheit.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten.
Quelle: ZEW

Konjunkturausblick für Euroraum getrübt

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben im Oktober ihren Abwärtstrend fortgesetzt. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten fällt weiter von 44,7 auf 37,6 Punkte. Ein weiter rückläufiger Indikator zum europäischen Auftragseingang in der Industrie und schwache Einzelhandelsdaten im Euroraum lassen die Befürchtung aufkommen, dass sich die Dynamik der europäischen Wirtschaft wie auch der US-Wirtschaft weiter abschwächen wird.

Volker Kleff, kleff@zew.de

STELLENANZEIGE

Competence
in Economics

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim sucht für den Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte, Finanzmanagement und Makroökonomie eine/n

wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in

Sie haben ein wirtschaftswissenschaftliches Universitätsstudium mit Prädikatsexamen absolviert und Interesse an empirischer Wirtschaftsforschung auf dem Gebiet der internationalen Finanzmärkte. Wir erwarten gute Ökonometriekenntnisse und die Bereitschaft, sich in neue Verfahren der empirischen Methodik einzuarbeiten.

Ihre Projekte werden sich unter anderem mit der Analyse der Integration von Kapitalmärkten und ihren institutionellen Rahmenbedingungen befassen. Die Einarbeitung wird durch eine intensive Betreuung, ausgeprägte Teamarbeit und ein umfangreiches internes Fortbildungsprogramm erleichtert. Wir erwarten von Ihnen die Fähigkeit, die Ergebnisse Ihrer Arbeit im wissenschaftlichen und im wirtschaftspolitischen Bereich – auch in englischer Sprache – überzeugend vermitteln zu können.

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde Tätigkeit in einem jungen Forschungsteam. Zahlreiche Kontakte und Weiterbildungsmöglichkeiten durch unser nationales und internationales Netzwerk eröffnen Ihnen eine attraktive Perspektive. Eine Promotion oder Habilitation wird ausdrücklich unterstützt. Die Vergütung erfolgt nach BAT mit den Sozialleistungen des Öffentlichen Dienstes.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte unter dem Stichwort „News-FM-10/04“ an:

Frau Doris Brettar · Postfach 10 34 43 · D-68034 Mannheim

Weitere Stellenangebote unter www.zew.de/stellen

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

STANDPUNKT



Glaubwürdigkeit

Die diesjährige Zuerkennung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften an Finn E. Kydland und Edward C. Prescott hebt die Bedeutung der Glaubwürdigkeit in der Praxis der Wirtschaftspolitik hervor. Diese Lektion muss angesichts vielfältiger Irritationen in der aktuellen Debatte, beispielsweise über Versuche, die Europäische Zentralbank (EZB) in irgendwelche „Dialoge“ einzubinden, als besonders wichtig veranschlagt werden.

Um die seinerzeitige Leistung der diesjährigen Nobel-Laureaten richtig verstehen und einordnen zu können, hilft ein kurzer Blick zurück, etwa auf den Beginn der Siebzigerjahre. Die damalige Analyse von Konjunktur und Wachstum hatte sich nahezu ausschließlich mit der Rolle der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (also Konsum, Investitionen, Staatsverbrauch, Exporte) als Antriebsmotor der Wirtschaftsentwicklung beschäftigt. Darin manifestierte sich die Botschaft von John M. Keynes auf der Grundlage seiner Erfahrungen in der Weltwirtschaftskrise, obwohl natürlich unbekannt ist, inwieweit Keynes mit den Einlassungen seiner Epigonen einverstanden gewesen wäre.

Auf die hohe Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hinzuweisen, war nicht falsch, wohl aber, die Probleme einer auf ihre Steuerung ausgerichteten Stabilisierungspolitik sowie die mindestens ebenso große Relevanz der Angebotsseite weitgehend aus dem Blickfeld verloren zu haben. Denn die Beschäftigungsverluste in Folge einer angebotsseitigen Störung, etwa auf Grund eines Erdölpreisschocks, mit Hilfe einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik bekämpfen zu wollen, schlägt fehl, es sei denn unter Inkaufnahme sich ständig aufschaukelnder Inflationsraten, wobei man letztlich gleichwohl mit höherer Arbeitslosigkeit und Inflation, also mit beiden Übeln, konfrontiert ist.

Aber selbst eine Geldpolitik, die sich am Ziel der Preisniveaustabilität orientiert, kann wirkungslos bleiben, wenn sie nicht

als glaubwürdig angesehen wird. Zwar mag sie selbst sehr ernsthaft eine stabilitätsorientierte Geldpolitik betreiben wollen, wenn die Unternehmen und die Lohnpolitik jedoch davon nicht überzeugt sind, dann werden sie mit steigenden Preisen rechnen und diese in ihren Plänen berücksichtigen, insbesondere dann, wenn sie in vergangenen Zeitperioden getäuscht wurden, weil die Geldpolitik ihr Stabilitätsversprechen gebrochen hat. Als Ergebnis resultieren aus einer nicht als glaubwürdig erachteten Geldpolitik dann wieder, wenn auch aus anderen Gründen, höhere Inflation und Arbeitslosigkeit.

Zwei Wege bieten sich an, nicht in das Dilemma einer mangelnden Glaubwürdigkeit zu laufen: eine feste Regelbindung und eine Unabhängigkeit der geldpolitischen Institution. Wenn die Geldpolitik mit Hilfe einer auf absehbare Zeit unabänderlichen Formel für ihre Geldpolitik auf das Ziel der Geldwertstabilität fest verpflichtet wird, dann erhöht dies einerseits ihre Glaubwürdigkeit. Der Nachteil einer solchen Vorgehensweise ist andererseits, dass die Geldpolitik möglicherweise in das Prokrustesbett einer zu starren Regel gepresst und damit zu unflexibel wird, denn kaum eine Regel kann allen Eventualitäten Rechnung tragen. Der zweite Weg stellt daher die Unabhängigkeit einer auf Preisniveaustabilität unabdingbar verpflichteten Zentralbank in den Mittelpunkt, die selbstverständlich ihrer Geldpolitik eine transparente Orientierung gibt, also in erster Linie in Form einer vorgegebenen Geldmengenentwicklung.

Mit Argwohn müssen daher Vorstöße betrachtet werden, welche letztlich darauf abzielen, die EZB in irgendeiner Form in makroökonomische Politiken einzubinden. Alarmierend erscheint die Formulierung, man wolle sich in Gesprächen gegenseitig „austauschen“. Wenn das wörtlich gemeint ist: Wehret den Anfängen!

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004